



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

A.: Aus Schleswig.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus Schleswig.

Auf der Tafel, welche Graf Bismarck nach dem glücklichen Jagdzuge der Armee für uns gedeckt hat, befindet sich, abgesehen von Lücken, welche nur die Unerfahrenheit strafwürdig sühnt, ein bitteres Gericht: die Rückabtretung Nordschleswigs an Dänemark, falls die Bevölkerung sie begehrt. Wahrscheinlich ist es nicht einmal frisch. Wie hätte Preußen sonst wagen können, in dem Augenblick, wo es zu dem gewaltigen Strauß gegen Oestreich und dessen Bundesgenossen ins Feld zog, Schleswig-Holstein beinahe ganz von Truppen zu entblößen? An Dänemarks Appetit zum Zugreifen war doch nicht zu zweifeln, selbst nachdem man ihm die ersohnte Speise erst vor kurzem einmal so gründlich versalzen hatte. Im Lichte dieser Zuvorsicht Preußens auf sein Nichtsthun und Ruhigbleiben gewinnt die Behauptung an Wahrscheinlichkeit, daß schon des Grafen Bismarck zweiter Besuch in Biarritz zwischen ihm und dem Kaiser der Franzosen ein mehr oder minder ausdrückliches und formelles Einverständnis darüber erzielt habe, daß Preußen sich die Herzogthümer aneigne, den rein dänischen Norden von Schleswig aber seiner Nationalität zurückgebe.

Zu beurtheilen, ob diese Einräumung des preussischen Ministerpräsidenten nothwendig war, muß die Sache eines allgemeinen Ueberschlags und vielleicht erst kommandender Zeiten sein. Schmerzlich aber wäre es auf jeden Fall, daß jener schöne und von verpöngten Deutschen mitbewohnte Landstrich uns wieder entrissen werden soll. Die Aussichten auf vollständige und durchaus loyale Germanisirung waren sicher, gut und nahe. Möge das Geschäft, wenn es nicht mehr zu vermeiden ist, wenigstens in einer Weise geleitet werden, daß eine möglichst geringe Beschädigung deutscher materieller sowohl als ideeller Interessen eintritt. Die Städte Tondern, Apenrade und Hadersleben — von Flensburg nicht zu sprechen, dem Wohnort der Hansen und Lorenzen, dem Sitz der Norddeutschen Zeitung — müssen jedenfalls, ihrer großentheils deutschen Bevölkerung gemäß, bei Deutschland, bei Preußen erhalten bleiben. Weniger als je läßt sich heute diesem vielgeprüften Vorposten unserer Cultur zumuthen, aus dem endlich geeinten deutschen Vaterlande, dem sich zu erhalten sie so schwere und lange Opfer gebracht haben, wieder auszuscheiden und in einen Kleinstaat von einstweilen noch entschieden feindseliger Volksart zurückzukehren.

Für die übrigen Deutschen, die, unter Dänen vereinzelter wohnend, von neuem Dänemark überwiesen werden würden, muß die Politik uns einen andern Ersatz und Trost verschaffen. Die Rückgabe, meinen wir, sollte nicht geschehen, ohne ein Aequivalent von politischer Bedeutung. Wir sollten mit ihr eine neue Ostseepolitik inauguriren, — die Dänen nicht allein, sondern auch Schweden und Norweger, denen an Nordschleswigs Wiedererwerbung beinahe eben so viel liegt wie den Dänen, für den Fall eines Zerwürfnisses mit Rußland an unsere Allianz binden; und um diesen nützlichen Allirten zur Entwicklung seiner vollen Kraft zu befähigen, das Unrige thun, damit ein kraftvoller skandinavischer Bund entstehe. Im Verein mit Frankreich und England, die dasselbe Interesse haben, wird uns das so schwer nicht werden. Rußland aber vor den Kopf zu stoßen, braucht kein Bedenken einzufloßen. Es ist so schon feindlich genug gegen uns aufgelegt. Die Entwicklung einer neuen großen Seemacht zwischen der Nema und dem freien Meere, die Begründung der politisch-militärischen Einheit Deutschlands macht es im Herzen zu unserem Feinde, was auch die Mienen und Worte vorläufig zu sagen für gut finden mögen. Sein diplomatischer Protest gegen die Aufnahme Südwestdeutschlands in den preussischen Bund beweist es. Wollen wir gutmüthig erwarten, bis es seine Drohungen noch weiter treibt und in einem unbequemen Augenblick verwirklicht? Soll eine

rein persönliche oder dynastische Beziehung die Wahrheit über ein so bedenkliches Verhältniß verdunkeln? Es mag seine Weile angehen, zwischen Frankreich und Rußland mit Nutzen hundertberzuseuern; auf die Dauer aber ist es gewiß sicherer und förderlicher, eine dieser beiden nachbarlichen Großmächte in zeitgemäßen, unserer Politik verwandten Bestrebungen zu ermuntern, welche sie mit der anderen wirksam auseinandehalten müssen, und dafür bietet sich, wie bei der Vorsehung befehle, die skandinavische Idee (dar) die seit Jahren auf Napoleon des Dritten europäischem Aktionsprogramm steht.

Die braunschweiger Besprechungen.

Die verschiedenen Kreise thätiger Vaterlandsfreunde, welche am 14. in Braunschweig zusammentraten, fanden ihre kurze gemeinschaftliche Thätigkeit nicht viel vorbereitend vorbereitet. Den ersten Anstoß zur Hervorrufung derselben hatte bekanntlich eine Nachmittagszusammenkunft beim Grafen Eulenburg in Berlin gegeben, an welcher von dort die Herren May, Dücker, Seidel und Michaelis, von auswärts die Herren v. Bennigsen, Miquel, Grumbrecht aus Hannover, Biedermann aus Leipzig und Fr. Dettler aus Kassel theilnahmen. Diese Zusammenkunft war offenbar ein vorgerichtetes Unternehmen; sie ging keineswegs vom Grafen Bismarck aus, dessen Antheil und Leitung doch allein ihren Beschlüssen hätte die Bürgschaft der Ausführung geben können, so weit es sich um die preussische Regierung handelte, und den berufenen unabhängigen Politikern folglich eine Gewähr daß sie sich nicht nutzlos compromittirten. Als die Führer des Nationalvereins dies entdeckten, zogen sie sich so geschwind und vollständig wie möglich aus der Affaire. Das von den Urhebern beabsichtigte Vorparlament — eine Idee, die schon an sich in eine militärische Revolution von oben herunter selbstsam hineinpaste — fiel zu Boden. Der Abgeordnetentag, den einer der unabhängigen Politiker statt dessen empfahl, scheiterte daran, daß die in Frankfurt wohnenden bedeutlichen Geschäftsführer die Berufung erklärlich genug ablehnten, und eine Berufung kraft eigener Autorität nicht in den Wünschen der Herren v. Bennigsen, Miquel und Dettler lag. So wäre denn aus dem ganzen in der Presse geräuschvoll hervorgehobenen Plane nichts geworden, wenn nicht inzwischen schon einige andere Körperschaften zum 4. August nach Braunschweig berufen worden wären, nämlich die ständige Deputation des Congresses deutscher Volkswirthe, nebst einer Anzahl regelmäßiger Besucher des Congresses, ferner der Ausschuß des deutschen Handeltags und der Ausschuß des Nationalvereins. Diese Zusammenkünfte wurden nicht wieder abgefaßt, als der Abgeordnetentag sich unausführbar zeigte. Zugleich nahm Professor Biedermann in der ersten Stunde den berliner Vorparlamentsgedanken in anspruchsloser Form wieder auf, indem er persönlich zu einer freien Versammlung alter Parlamentsmitglieder, gegenwärtiger Volkvertreter, Arbeitervereinsvorsteher u. dgl. m. einlud.

Die letztgenannte Versammlung ist nicht förmlich zu Stande gekommen. In dessen waren es doch die zu ihr erschienenen Politiker, auf deren Wunsch und Anregung Abends eine auch den Bewohnern Braunschweigs zugängliche allgemeine Redeversammlung — nicht Besprechung — stattfand, aus welcher, Dank dem zweckmäßigen Eingreifen der Herren v. Bennigsen und Biedermann, zwei wirkliche politische Ergebnisse hervorgingen.

Das erste dieser Ergebnisse betraf die verhängnißvolle Frage der Mainlinie. Es schien dem Vorstehenden, als bestände darüber zwischen den Ausschußmitgliedern des